

650 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVI. GP

Bericht des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 32/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Sonja Hammerschmid, Kolleginnen und Kollegen betreffend Wiedereinführung von Ziffernnoten in der Volksschule

Die Abgeordneten Mag. Dr. Sonja **Hammerschmid**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 20. Dezember 2017 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die alternative Leistungsbeurteilung in ihrer heutigen ausdifferenzierten Form ist das Ergebnis jahrelanger pädagogischer Entwicklungsarbeit. In rund 2.000 Schulversuchen an Volksschulen wurden Kompetenzbeschreibungen eingesetzt, die nach Meinung pädagogischer ExpertInnen, Eltern- und LehrerInnenvertreterInnen valide Aussagen über die Talente und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler treffen. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen und Rückmeldungen von ExpertInnen und Betroffenen wurde die alternative Leistungsbeurteilung bis einschließlich zur 3. Klasse der Volksschule und der Sonderschule als Teil eines umfassenden Informationssystems im Schulrechtspaket, das im Juni 2016 als erster Teil der Bildungsreform durch den Nationalrat beschlossen wurde, verankert.

In Bewertungsgesprächen werden die Eltern oder Erziehungsberechtigten über den Lern- und Entwicklungsstand, über Lernfortschritte und Leistungsstärken sowie Begabungen ihres Kindes informiert. Darüber hinaus ergeht jeweils am Ende des Wintersemesters und am Ende des Unterrichtsjahres eine schriftliche Semester- bzw. Jahresinformation, die das Zeugnis mit Ziffernbeurteilungen ersetzt. Die Entscheidung darüber, ob anstelle des Notensystems eine Beratung und Information der Eltern über die Leistungs- und Entwicklungssituation des Kindes stattfindet, wird im Rahmen der Schulautonomie am Standort festgelegt.

Im Regierungsprogramm ist nunmehr vorgesehen, diese bewährte Form der Leistungsbeurteilung rückgängig zu machen und wieder flächendeckend zur alten, verpflichtenden Ziffernbenotung zurückzukehren. Bereits nach Bekanntwerden des Vorhabens von ÖVP und FPÖ hat dies empörte Reaktionen von Eltern, SchülerInnen und LehrervertreterInnen hervorgerufen und „alle Alarmglocken schrillen lassen“. Diese Entscheidung wird über die Köpfe von SchülerInnen und Eltern hinweg getroffen und als „Retro-Pädagogik“ betrachtet.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 13. März 2018 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Melanie **Erasim**, MSc die Abgeordneten Ing. Robert **Lugar**, Mag. Dr. Rudolf **Taschner**, Dr. Maria Theresia **Niss**, MBA, Angelika **Kuss-Bergner**, BEd, Dr. Matthias **Strolz** und Nico **Marchetti** sowie der Ausschussobmann Wendelin **Mölzer**. Anschließend wurden die Beratungen mit Stimmenmehrheit (**dafür**: V, F, **dagegen**: S, N, P) vertagt.

Der Unterrichtsausschuss hat die Beratungen in seiner Sitzung am 25. Juni 2019 wieder aufgenommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten MMMag. Gertraud **Salzmann**, Eva Maria **Holzleitner**, BSc, Mag. Gerald **Hauser**, Douglas **Hoyos-Trauttmansdorff**, Rebecca **Kirchbaumer**, Katharina **Kucharowits**, Dr. Maria Theresia **Niss**, MBA, Mag. Dr. Sonja **Hammerschmid** sowie die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung Mag. Dr. Iris Eliisa **Rauskala**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag:** S, N, J, **dagegen:** V, F).

Zur Berichterstatte(r)in für den Nationalrat wurde die Abgeordnete M(M)Mag. Gertraud **Salzmann** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2019 06 25

MMMag. Gertraud Salzmann

Berichterstatte(r)in

Wendelin Mölzer

Obmann

